

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 2 | MAI 2010

LIBERALE IM WEB 2.0
Kommunikation durch alle Kanäle

WIE ALLES BEGANN
20 Jahre Junge Liberale in Thüringen

RETTET DIE GRUNDRECHTE
Bürgerfreiheit vs. Sicherheitswahn



Der Kampf gegen die 'Wünsch-Dir-Was-Politik'

Für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik

Editorial

FDP zeigt Kante

„Die zweitstärkste Oppositionspartei meldet sich mit einem bemerkenswerten Alternativprogramm zu den Haushaltsplänen von Koalition und Linksopposition zu Wort“, schrieb im Vorfeld der Haushaltsberatungen TLZ-Chefreporter Hartmut Kaczmarek in einem ebenso bemerkenswerten Kommentar in der Thüringischen Landeszeitung. „Man muss nicht alle Forderungen der FDP mittragen, aber endlich macht mal wieder einer Druck.“

Mehr als 800 Millionen Euro neue Schulden bürdet die schwarz-rote Landesregierung dem Freistaat mit dem Landeshaushalt 2010 auf. Diese kommen zu den bislang angesammelten 15,7 Milliarden hinzu, so dass ab 2011 der jährliche Schuldendienst bereits rund eine dreiviertel Milliarde Euro betragen wird. Bei zurückgehenden Steuereinnahmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das nicht akzeptabel.

880 Millionen Euro Neuverschuldung sah zunächst der Haushaltsentwurf der Landesregierung vor. Wenn es nach dem SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig gegangen wäre, hätten es auch problemlos 1,5 Milliarden Neuverschuldung sein können. 'Wünsch dir was' war die Maxime, mit der besonders die SPD-Ressorts

in die Verhandlungen gingen. Nach heftigen Protesten, vor allem von der liberalen Landtagsfraktion, fanden CDU und SPD im 'Kosmetiksalon für Mutlose' schließlich ganze 60 Millionen Euro Einsparpotenzial. Thüringen muss sparen, und die Große Koalition kann es nicht, weil Spielwiesen und Wahlversprechungen finanziert werden müssen.

Die Liberalen sind überzeugt, dass viele Thüringerinnen und Thüringer diesen Kurs der Verantwortungslosigkeit gegenüber den nachkommenden Generationen nicht mittragen. Unserem Wählerauftrag folgend, setzen wir uns für eine 'thüringengerechte' Finanz- und Haushaltspolitik ein. Deshalb hat die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag Einsparungen von insgesamt 475 Millionen Euro vorgeschlagen. Dabei geht es der Landtagsfraktion vor allem darum, Geld einzusparen, das wir gar nicht haben – weil wir es nicht haben. Vom Landeserziehungsgeld, das Fehlanreize setzt, bis zum Landesarbeitsprogramm, das eine teure Doppelförderung darstellt – beim Sparen darf es keine Tabus geben.

Die Thüringer FDP hat mit ihren Vorschlägen zur Senkung der Neuverschuldung ein 'Alleinstellungsmerkmal' unter den im Thüringer Landtag vertretenen



Parteien. Die CDU würde wohl gern sparen, kann aber keinen Koalitionsbruch riskieren. Die 'Vereinigte Linke' ist sich auch beim Geldausgeben einig. „Die Grünen sparen sich auf für die nächsten Haushalte“, schrieb das Freie Wort zu den vorgeschlagenen 4 Millionen an 'Einsparungen'. Trauriger 'Spitzenreiter' beim Schuldenmachen sind damit die Linken, die mit ihren Umschichtungsanträgen die Neuverschuldung sogar bei 880 Millionen Euro belassen wollten.

„Die FDP hat vorgemacht, wie es gehen kann, auch wenn einige Vorschläge übers Ziel hinaus schießen. Wer sucht, der findet – das sollte auch für die große Koalition gelten“, schrieb die TLZ in einem weiteren Kommentar. Auch wenn unsere Sparvorschläge leider von einer Mehrheit des Parlaments abgelehnt werden, sollte uns die öffentliche Resonanz in unserem Kurs bestärken. Die Thüringer FDP steht weiter für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Menschen, die in Thüringen arbeiten und Steuern zahlen.

Uwe Barth Mdl
Landesvorsitzender der FDP Thüringen

Jubiläum im Zeichen der Einheit

20 Jahre FDP Thüringen ist Grund zum Feiern

Am 06. August 2010 findet in Weimar anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der FDP in Thüringen eine Feierstunde mit Gästen und Zeitzeugen statt. Zur Veranstaltung sind alle Interessierte in die Weimarahalle eingeladen, um das Jubiläum des Vereinigungsparteitages vor 20 Jahren zum Anlass zu nehmen, an den Beginn von Freiheit und Liberalität in Thüringen zu erinnern. Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ehemaliger Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, wird als Ehrengast die Festrede halten.

In der Nachwendezeit von 1989 etablierte sich eine Vielzahl liberaler Interessengemeinschaften. Die Ost-FDP und die neu entstandene Deutsche Forum Partei waren bis zum Frühjahr 1990 die größten Akteure. Bis zum 18. März 1990, dem Da-

tum der ersten freien Volkskammerwahl, schlossen sich die beiden mit der Blockpartei LDPD zum Bund freier Demokraten zusammen. Im Nachgang vereinigte sich der Dreier-Bund noch mit der NDPD und begründete so die FDP in Thüringen.

Der Festakt soll der Würdigung der Parteigeschichte und dem gemeinsamen Erinnern an ein Stück Zeitgeschichte dienen. All jene, die selbst noch Dokumente und Erinnerungstücke aus der Gründerzeit besitzen, bitten wir, diese leihweise an die Landesgeschäftsstelle der FDP Thüringen zu schicken. *mj*





Kommunikation durch alle Kanäle

Liberaler MdB im Web 2.0

Bundestagsabgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit gewissermaßen auf Schritt und Tritt zu folgen, ist heute nicht mehr schwer. Das Internet bietet Möglichkeiten, die sehr genau nachverfolgen lassen, wann und zu welchem Thema ein Abgeordneter im Bundestag eine Rede hält, an welchen Anträgen er beteiligt ist, ja selbst welche Zwischenrufe von ihm kommen. Gerade die Plenaraktivitäten lassen sich schon kurze Zeit später auf der Homepage des Deutschen Bundestages

den Sitzungswochen. Neben politischen Fragen geht es dem langjährigen liberalen Oberbürgermeister von Jena vor allem darum, seine persönliche Sicht zu den vielen verschiedenen Terminen, die sich in einer Sitzungswoche in Berlin drängen, zu liefern. Nicht jeder MdB macht so etwas.

Ganz vorne dabei in Sachen Internetaktivität ist Patrick Kurth. Auch er betreibt unter anderem auf www.patrick-kurth.de einen Blog, in dem er über seine Erlebnisse der Sitzungswochen berichtet. Die In-

mentieren, weiter Links, Bilder oder Videos einbinden – eben was ihnen gerade beim Lesen der Statusmeldungen so einfällt. Transparenz herrscht auch bei den Terminen des gebürtigen Sondershäuser. Sein persönlicher Kalender ist direkt mit seiner Homepage verbunden. Jeder kann sich selbst ein Bild davon machen, in welchen engen Zeitabständen in Berlin die Sitzungen stattfinden oder wann Kurth wo im Wahlkreis unterwegs ist. Letztlich ist sein Bildarchiv im Netzwerk Flickr zu Hause.

Anders als noch vor wenigen Jahren, als man über Abgeordnetenarbeit höchstens aus der Zeitung oder aus Berichten bei der Kreismitgliederversammlungen erfuhr, ist es heute höchst einfach, nah dran zu sein und sich selbst ein Bild zu machen. Gerade letzteres ist entscheidend: Informationen werden nicht vorgefiltert. *ms*

» Es geht darum, auch eine persönliche Sicht zu den verschiedenen Terminen zu liefern «

(www.bundestag.de) sowohl nachlesen, als auch als Video anschauen. Doch neben der Bundestagshomepage sorgen auch die Thüringer Abgeordneten selbst dafür, dass man ihre Arbeit hautnah verfolgen kann und nutzen die interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten.

Seit langem sind bekanntlich auf der Internetseite des Landesverbandes www.fdp-thueringen.de alle aktuellen Meldungen der Partei, aus dem Landtag und der Bundespolitik zu finden. Wer auf dem Laufenden bleiben will, kann dort etwa den Newsletter der FDP Thüringen abonnieren. In diesem werden die aktuellen Nachrichten zusammengefasst, besonderer Beliebtheit erfreut sich dabei die (meist sehr launische) Einleitung mit pointierter Kommentierung aktueller Geschehnisse durch FDP-Generalsekretär Patrick Kurth MdB.

Der Jenaer Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Röhlinger informiert in seinem Blog (eine Art Internettagebuch) unter www.peter-roehlinger.de in regelmäßigen Abständen über die zurückliegende Arbeit in

ternetseite des Generalsekretärs der FDP Thüringen hat aber noch eine Reihe von Elementen aus dem sogenannten 'Web 2.0' zu bieten. Nahezu live kann man die Arbeit des 33-Jährigen über Twitter verfolgen. Twitter ist ein Internetdienst, der fortlaufend fragt: 'Was machst du gerade?' Über 2.470 Personen verfolgen die 140 Zeichen langen Kurznachrichten des Liberalen regelmäßig (www.twitter.com/Patrick_Kurth).

Zum Vergleich: Vom Lautsprecher der Thüringer Linken, Bodo Ramelow, wollen nur ca. 1.160 User wissen, was er gerade macht. SPD-Minister Christoph Matschie hat noch ungefähr 1.000 sogenannte 'Follower', obwohl er in diesem Jahr keine einzige Meldung sendete. Offensichtlich wollte er nur im Wahlkampf Online-Aktivität vortauschen. Das gilt wohl auch für den ehemaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU), welcher noch 660 Anhänger bei Twitter hat.

Neben Twitter können die Nutzer auch bei Facebook Kurths Meldungen kom-

POLITIK ONLINE



Patrick Kurth und Peter Röhlinger im Bundestag

WWW.BUNDESTAG.DE
Alle Parlamentsaktivitäten der MdB

WWW.FDP-THUERINGEN.DE
Informationen vom Landesverband, -fraktion und MdB, Newsletter abonnierbar

WWW.PETER-ROEHLINGER.DE
Blog des Jenaer MdB Peter Röhlinger

WWW.PATRICK-KURTH.DE
Presseartikel, Partei- und Ausschussarbeit sowie Anbindung zu Twitter, Blog, Flickr

Verantwortung für Thüringen

FDP brachte mit 527 Änderungsanträgen ihre Alternativen zum Landeshaushalt ein

Der vom Thüringer Landtag gegen die Stimmen der FDP-Abgeordneten beschlossene Haushalt der Regierungskoalition sieht eine Nettoneuverschuldung von 820 Millionen Euro vor, nachdem Thüringen in den drei Jahren zuvor einen ausgeglichenen Haushalt hatte. Ursprünglich sollten sogar 880 Millionen Euro Neuschulden gemacht werden.

Die geplanten Ausgaben des ursprünglichen Entwurfs lagen zusammen bei 9,874 Milliarden Euro. Von der vorgesehenen Ausgabensteigerung um insgesamt 602 Millionen Euro gegenüber 2009 entfallen allein 416 Millionen Euro auf die drei SPD-geführten Häuser Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie Sozial-

nen Euro führen. Besonders schlimm ist, dass die Regierung damit jede Möglichkeit verspielt, sich verantwortungsvoll auf die Zukunft vorzubereiten. Diese wird von dauerhaft deutlich niedrigeren Einnahmen geprägt sein, da bis 2019 der Solidarpakt II ausläuft und zudem die EU-Zuweisungen nach 2014 deutlich zurückgehen werden. Zusätzlich wird die demografische Entwicklung dazu führen, dass Thüringen weniger Steuereinnahmen und Bundeszuweisungen erhalten wird. Dass die Gesamtschulden von rund 15,7 Milliarden Euro jetzt nicht abgebaut, sondern sogar noch erhöht werden, ist ungerecht und unsozial. Zukünftig wird in Thüringen so viel Geld für Zinsen

Neuverschuldung wahrscheinlich nicht oder nur in geringem Umfang nötig gemacht. Gerade der Personalabbau aber ist unumgänglich und muss langfristig vorbereitet werden. Thüringen hat laut Rechnungshofbericht von 2006 rund 22,1 Stellen je 1.000 Einwohner und liegt damit im Ländervergleich im Spitzenfeld. Schleswig-Holstein hat beispielsweise nur 16,1 Stellen je 1.000 Einwohner, Sachsen-Anhalt 20,5.

Der Haushalt der Landesregierung sieht bei vielen Positionen trotz der dramatischen Haushaltslage starke Steigerungen vor, ohne den Mehrbedarf überzeugend begründen zu können. Die FDP wollte die Absenkung der Neuverschuldung im Haushalt hauptsächlich durch vier Faktoren erreichen: Erstens, durch Begrenzung der Ausgaben für die Ausrüstung von Ministerien und Behörden, z. B. mit Büromöbeln und IT-Anschaffungen, und durch Begrenzung von Neueinstellungen beim Personal und von Stellenhebungen auf das Nötigste. Zweitens wurde die Streichung entbehrlicher und oft sogar schädlicher Subventionen, vor allem aus dem Bereich des Wirtschaftsministeriums, beantragt.

Ein Beispiel dafür ist das geplante 1.000-Dächer-Programm, das aufgelegt wurde, obwohl Solaranlagen in Deutschland bereits ausreichend gefördert werden. Ein weiteres Beispiel ist das Elterngeld, das zu schweren Fehlsteuerungen führen kann.

Drittens wurden viele Posten auf die tatsächlichen Ausgaben von 2009 begrenzt. Viertens sollten im Bereich Personal Stellenhebungen im Höheren Dienst bei Ministerien und Landesbehörden zurückgenommen und Vertretungs- und Aushilfskräfte nicht eingestellt werden. Nicht abgesenkt wurden die Ausgaben in den Bereichen Universitäten, Schulen, im Kommunalen Finanzausgleich und der 'Denkfabrik'-Kampagne. Im Bereich der Schulen sollte Geld bei Aushilfskräften eingespart werden, um es 'Floating'-Lehrern zu ermöglichen, sich für eine höhere Stundenzahl zu entscheiden. *jl*

» Verantwortungsvolle Planung durch die Regierung hätte eine Neuverschuldung unnötig gemacht. «

les. Da Tarifierhöhung und Ost-West-Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst im Jahr 2010 ungefähr 150 Millionen Euro kosten werden, werden die Mehrausgaben also fast ausschließlich für SPD-Projekte verwendet. Zur Finanzierung der (Mehr-)Ausgaben müssen nicht nur neue Schulden aufgenommen werden, sondern es werden auch 233 Millionen Euro aus Rücklagen verbraucht. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird übrigens nach Angaben der Landesregierung nur zu einem Einnahmeausfall von 42 Millionen Euro führen. Schwerer wiegen die Steuerausfälle aufgrund der Wirtschaftskrise und aufgrund sinkender Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich in einer Gesamthöhe von ca. 460 Millionen Euro.

Die Einigung der Regierungskoalition auf Einsparungen in Höhe von 60 Millionen Euro zum ursprünglichen Entwurf wird wohl nichts daran ändern, dass Thüringen für 2010 die rote Laterne bei der Neuverschuldung übernehmen wird. Die vorgesehenen 820 Millionen Euro Neuschulden werden bei einem Zinssatz von 5 Prozent schon 2011 zu einer zusätzlichen Zinsbelastung von über 40 Millio-

aufgewendet werden müssen, dass für andere Aufgaben kaum noch Spielraum bleibt. Schon im Haushalt 2010 werden rund 664 Millionen Euro allein für Zinsen aufgewendet.

Haushaltsverhandlungen können auch anders laufen, wie gerade die schwarz-gelbe Koalition in Sachsen vorgemacht hat, die für den Doppelhaushalt 2011/2012 beschlossen hat, ohne Neuverschuldung auszukommen. Indem Sachsen seine Ausgaben drastisch senkt und Personal einspart, passt es seine Ausgaben den langfristig deutlich niedrigeren Einnahmen an. So sieht eine verantwortungsvolle Politik aus, wie auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) betont: „Wir dürfen uns nur das leisten, was wir auch durch eigene Einnahmen decken können.“

Die von den Regierungsfractionen CDU und SPD abgelehnten Änderungsanträge der FDP-Fraktion zeigen dagegen, dass die Schulden um mindestens 476,3 Millionen Euro hätten gesenkt werden können. Eine frühzeitige verantwortungsvolle Planung durch die Regierung, die beispielsweise einen verstärkten Personalabbau vorgesehen hätte, hätte eine



Erstes Haushaltsforum

Fraktion berichtete über ihre parlamentarische Arbeit

Eine Anregung aus dem Landesparteirat nahm die Landtagsfraktion der FDP mit dem erstmals veranstalteten 'Haushaltsforum' am 19. April 2010 gern auf. Der Landesfachausschuss Finanzen und Vorsitzende weiterer Landesfachausschüsse sowie Mitglieder aus den Kreisverbänden folgten der Einladung nach Erfurt.

Eine neue Form der Kommunikation über die parlamentarische Arbeit wolle man damit ermöglichen, sagte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth zum Auftakt. Er stellte den Entwurf (siehe ThL-Artikel 'Verantwortung für Thüringen' dieser Ausgabe) vor und kritisierte in diesem Zusammenhang die „ungezügeltere Bereitschaft der Regierung, das Geld der Thüringer mit vollen Händen auszugeben“. Die Zinslast werde damit auf ein unverantwortliches Maß gesteigert. Die Mittelsätze des Vorjahres müssten in wirtschaftlich schwieriger Zeit ausreichen. „2009 ist keiner verhungert oder verdurstet“, so Barth. Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Lutz Recknagel verwies auf die hohe Quote von Landesbediensteten in Thüringen und auf die in Zukunft stark ansteigende Belastung

Sachverständigen“ weggestrichen und nur bewusst die 'Denkfabrik' unangetastet belassen, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich. Er zitierte aus dem Koalitionsvertrag, der eigentlich einen ausgeglichenen Haushalt vorsehe: „Wenn das kein ausufernder Haushalt ist – da möchte ich lieber nicht am See wohnen.“

Marian Koppe erläuterte den Antrag zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, das von Kritikern auch als 'Herdprämie' bezeichnet wird. Da man ja bereits im April des laufenden Haushaltsjahres sei und die Abschaffung erst per Gesetzesänderung beantragt werden müsse, habe man den Ansatz zunächst von 32 auf 16 Millionen Euro gekürzt. Im kommenden Haushaltsjahr könne man dann gegebenenfalls die komplette Summe einsparen. Er verwies darauf, dass es dann auch ein Bundeserziehungsgeld gebe und es hier sonst auch noch zu einer Doppelförderung kommen werde.

Der verkehrspolitische Sprecher Heinz Untermann erläuterte den Streichungsantrag für diese Verkehrskonzepte für den Flughafen Erfurt und den Verkehrslandeplatz Altenburg.

» Wenn das kein ausufernder Haushalt ist – da möchte ich lieber nicht am See wohnen «

aus den Pensionsansprüchen. Wenn es hier kein Umsteuern gebe, werde es in den nächsten Jahren zu ganz erheblichen Problemen kommen.

Die einzelnen Fachsprecher stellten die Änderungsanträge für die entsprechenden Einzelpläne vor. Mit insgesamt 527 Anträgen hatte die FDP deutlich mehr Anträge als alle anderen Fraktionen zusammen eingebracht. Auf 200 Anträge brachten es die Regierungsfraktion CDU und SPD, 86 kamen von der Linken und 73 von den Grünen, wobei sogar ein gemeinsamer Antrag von diesen beiden Fraktionen, „wohl symbolisch“, wie Recknagel anmerkte, dabei war. Mit den Anträgen im Wirtschaftsressort habe man das meiste an „unnötigen Gutachten und

deplatz Altenburg. Dies sei Sache der Betreiber; man dürfe den Standort nicht gegenüber Erfurt bevorzugen. Er kritisierte zudem die Ankündigung des Landes, die Investitionsquote in den nächsten Jahren halbieren zu wollen. Für nicht angebracht halte man die beabsichtigten Stellenhebungen im Höheren Dienst. Diese habe man deshalb quer durch alle Haushalte mit Streichungsanträgen versehen, erläuterte Lutz Recknagel. Er bezweifelte auch, dass mehr Finanzbeamte automatisch zu mehr Steuereinnahmen führen würden. Sein nicht ganz ernst gemeinter Vorschlag: Bei der hohen Zahl von Selbstanzeigen würde es vielleicht genügen, jedes Jahr den Kauf einer CD mit Daten über Steuervergehen bekannt zu geben.

jp

Rettet die Grundrechte!

Gerhard Baum über Bürgerfreiheit und Sicherheitswahn



Matthias Purdel begrüßte Gerhard Baum zur Lesung in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Wäre der Titel von Gerhard Baums Streitschrift nicht schon aktuell genug, hätte die gleichnamige Lesung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auch 'The Day After' heißen können. Als der ehemalige Bundesminister des Inneren am 03. März 2010 nach Erfurt reiste, um im Evangelischen Ratsgymnasium vor rund 100 Gästen zu lesen, war das umstrittene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung durch das Bundesverfassungsgericht vor etwas mehr als vierundzwanzig Stunden gekippt worden.

Die Kooperationsveranstaltung mit dem Thüringer Bücherfrühling war jedoch nicht nur in Fragen der Aktualität eine klassische Punktlandung. Gerhard Baum überzeugte sowohl inhaltlich wie auch als couragierter Verteidiger der Grundrechte. Seine Streitschrift erinnert an die Werte unseres Grundgesetzes in einer Zeit, in der die Angst vor dem Terrorismus einen Abbau von freiheitlichen Rechten gebracht hat, die sich nur als Sicherheitswahn – von CDU, SPD und

Bündnisgrünen gleichermaßen zu verantworten – bezeichnen lässt.

Bereits in seiner Einführung betonte Baum, dass sich unsere Gesellschaft im Klaren sein müsse, wie viel Freiheit sie wolle. „Alles, was wir tun, ist auf unsere Freiheit auszurichten, denn unser Grundgesetz ist eine klare Absage an die Barbarei. Die Überlebenden dieser Barbarei entwarfen dieses Grundgesetz aufgrund ihrer Lebenserfahrung.“ Fundamental daher auch Baums Kritik, dass all diese Maßnahmen mit einem Ausnahmezustand begründet würden. Umso bedenklicher sei, dass es bereits in der Vergangenheit die Möglichkeit der anlasslosen Kontrolle gab. Doch auch dieses Gesetz sei, wie der Große Lauschangriff, das BKA-Gesetz, die Online-Durchsuchung, die Möglichkeit, gekaperte Flugzeuge abzuschießen und weitere mehr, durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt worden.

Baum betonte, dass Freiheit nicht ohne Unfreiheit zu haben ist: „Wir sollten daher unsere Sicherheitsbedürfnisse nicht von Angstprozessen steuern lassen.“ Er wehre sich entschieden dagegen, dass man die Freiheit verteidige, indem man

» Alles, was wir tun, ist auf unsere Freiheit auszurichten «

sie über die dringenden Notwendigkeiten hinaus ständig einschränke. „Wir erleben derzeit einen schleichenden Prozess“, so Baum, „der dazu geführt hat, dass wir heute Elemente des Überwachungsstaates haben.“ Mit großer Sorge erfülle ihn dabei der Fakt, dass zunehmend auch unbescholtene Bürger zum Gegenstand staatlicher Maßnahmen würden. Er halte den Präventionsstaat für unersättlich, so wie den Sicherheitsstaat. „Wann ist schon ausreichend Sicherheit gegeben?“ Baum betonte sehr deutlich, dass jedes Handeln auf die Freiheit ausgerichtet sein müsse und auf das unverzichtbare Prinzip der Menschenwürde. „Es ist als Reaktion auf den Unrechtsstaat das sittliche Prinzip, welches unsere ganze Rechtsord-

nung prägt.“ Nicht unerwähnt dürfe bleiben, dass sich mit der Entwicklung der Computertechnologie das Thema Datenschutz und Schutz der Privatsphäre verändert habe. Für viele Menschen sei der Computer der Inbegriff der Privatsphäre. Darum habe das Bundesverfassungsgericht auch aufgrund einer Beschwerde Baums gegen das Online-Gesetz im Jahr 2008 ein neues Grundrecht aus der Taufe gehoben: das Grundrecht zum Schutz informationeller Systeme. Dieser Fakt zeige, dass das Gericht im Computerzeitalter angekommen sei. Es habe die Gefahr, dass die Privatsphäre mit einem Zugriff zutiefst verletzt werden kann, und die Online-Durchsuchungsmaßnahmen erheblich eingeschränkt.

Baum bemängelte in diesem Zusammenhang aber auch die zunehmende Sorglosigkeit vieler Menschen im Umgang mit ihren privaten Daten. Er appellierte gerade an die junge Generation, höchst vorsichtig mit dem Internet umzugehen. Dass es generell neuer Gesetze in Bezug auf das Internet bedarf, verneinte Baum. Er sprach sich aber für eine umfassende Reform des allgemeinen

Datenschutzrechtes aus. Mit Blick auf die Europäische Union fragte Baum, ob ein Parlament die Vorgaben aus Brüssel auch immer ausreizen müsse. Österreich und Belgien setzten die EU-Richtlinien zum Datenschutz nicht um. „Deutschland aber hat noch draufgesetzt!“ Von der schwarz-gelben Regierungskoalition erhofft sich Gerhard Baum, dass sie einen Teil der Maßnahmen rückgängig macht und neuen problematischen Eingriffen nicht zustimmt. „Frau Leutheusser-Schnarrenberger steht für diesen Kurs!“, so Gerhard Baum abschließend. *pur*

RETTET DIE GRUNDRECHTE! BÜRGERFREIHEIT CONTRA SICHERHEITSWAHN – EINE STREITSCHRIFT
Kiepenheuer & Witsch GmbH 2009
ISBN: 3462039806 | EAN: 9783462039801

‘Gläserne Fraktion’ traf auf großes Interesse

Liberaler Landespolitik auf der Thüringen-Ausstellung präsentiert

Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten intensiv mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen – dieses Ziel hatte sich die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag mit ihrer Teilnahme an der 20. Thüringen-Ausstellung gesetzt. Die Fraktion war deshalb mit eigenem Programm und Informationsstand auf der größten Verbrauchermesse Thüringens vom 06. bis 14. März 2010 in der Messehalle Erfurt präsent.

Welche parlamentarischen Gremien und Verfahren gibt es? Wie entstehen Gesetze? Welche Aufgaben hat die Opposition und wie sieht der Wochenplan eines Abgeordneten aus? Einblicke in das Innenleben einer Landtagsfraktion, sozusagen eine ‘gläserne Fraktion’, konnten Politikinteressierte in den Gesprächen mit den FDP-Parlamentariern und im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung am 10. März erleben. Die Messebesucher nutzten intensiv die Gelegenheit, am Stand in der Messehalle 1 mit den Abgeordneten der liberalen Fraktion über die aktuellen landespolitischen Themen Gemeinschaftsschule, Kreisgebietsreform

und Wirtschaftsförderung zu diskutieren. „Wir haben damit unsere Reihe von auswärtigen Fraktionssitzungen gestartet, mit der wir künftig zusammen mit den Kreisverbänden vor Ort interessierten Bürgerinnen und Bürgern Einblicke in unsere politische Arbeit gewähren wollen“, so der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth.

Eberhardt Kreuser, Gründer der Thüringen-Ausstellung und seit 20 Jahren Veranstalter der Messe, begrüßte die In-

itiative der FDP. „Das gesprochene Wort und der direkte Kontakt mit den Ausstellern wird für die Besucher immer wichtiger“, sagte er im Rahmen der Fraktionssitzung. In den letzten Jahren habe sich das Interesse der Besucher der Ausstel-

lung gewandelt. „Schaufeln sind out – der persönlichen Kommunikation gehört die Zukunft“, so Eberhardt Kreuser. Die Angebote im Dienstleistungssektor seien besonders nachgefragt. Dazu gehörten auch politische Informations- und Gesprächsangebote. Die FDP-Fraktion hatte sich darüber hinaus aber auch noch mehr einfallen lassen. Politikinteressierte konnten bei einem Quiz den Fraktionspreis für einen exklusiven Erlebnistag im politischen Erfurt sowie zwei Reisen nach Berlin gewinnen. Der 68-fache DDR-Nationalstürmer Peter Ducke besuchte auf Einladung des FDP-Abgeordneten Heinz Untermann den Stand, wo er sich zusammen mit dem sportpolitischen Sprecher Marian Koppe den Fragen stellte. Vera Hohlfeld, die erfolgreiche Profiradrennfahrerin, Viertplatzierte der Olympischen Spiele von Atlanta und mehrfache Deutsche Meisterin, fachsimpelte mit Olympiasieger Nils Schumann über ihre neue Aufgabe als Leiterin der Thüringen-Rundfahrt der Frauen. *jp*

» Schaufeln sind out – der persönlichen Kommunikation gehört die Zukunft «

lung gewandelt. „Schaufeln sind out – der persönlichen Kommunikation gehört die Zukunft“, so Eberhardt Kreuser. Die Angebote im Dienstleistungssektor seien besonders nachgefragt. Dazu gehörten auch politische Informations- und Gesprächsangebote. Die FDP-Fraktion hatte sich darüber hinaus aber auch noch mehr einfallen lassen. Politikinteressierte konnten bei einem Quiz den Fraktionspreis für einen exklusiven Erlebnistag im politischen Erfurt sowie zwei Reisen nach Berlin gewinnen. Der 68-fache DDR-Nationalstürmer Peter Ducke besuchte auf Einladung des FDP-Abgeordneten Heinz Untermann den Stand, wo er sich zusammen mit dem sportpolitischen Sprecher Marian Koppe den Fragen stellte. Vera Hohlfeld, die erfolgreiche Profiradrennfahrerin, Viertplatzierte der Olympischen Spiele von Atlanta und mehrfache Deutsche Meisterin, fachsimpelte mit Olympiasieger Nils Schumann über ihre neue Aufgabe als Leiterin der Thüringen-Rundfahrt der Frauen. *jp*

IMPRESSIONEN VON DER 20. THÜRINGEN-AUSSTELLUNG IN ERFURT



Fotos: Jens Panse/Doris Mücke

GEWINNER DES QUIZ DER FDP-FRAKTION ZUR THÜRINGEN-AUSSTELLUNG 2010

- 1 | Bundestagsreise für 2 Personen nach Berlin als Gast des FDP-Abgeordneten Patrick Kurth STEFAN FRITSCH | ERFURT
- 2 | Bundestagsreise für 2 Personen nach Berlin als Gast des FDP-Abgeordneten Peter Röhlinger EGON & KARIN ZÖPHER | BLANKENHAIN
- 3 | Ein Tag im politisch-parlamentarischen Erfurt als Gast der FDP-Landtagsfraktion MARCO KARGE | GRÄFENHAIN



20 Jahre Junge Liberale in Thüringen

Wie alles begann

Nach 20 Jahren ist es nicht ganz einfach, sich zurückzuerinnern. Mag auch sein, dass die Erinnerungen etwas lückenhaft oder romantisch verklärt sind. Fest steht das Gründungsdatum der JuliA (Junge Liberale Aktion) Thüringen: der Kongress am 28. April 1990 in der Pädagogischen Hochschule Erfurt, an dem der Autor selbst beteiligt war. Fest steht auch, dass bereits zuvor, nämlich im Februar 1990, in Weimar ein Gründungskongress eines eigenständigen liberalen Jugendverbandes für die damalige DDR stattgefunden hatte. In Erinnerung sind auch die ersten Treffen und Initiativen Junger Liberaler im Wendeherbst 1989 in Jena und Erfurt und weitere Gründungen von Arbeitsgruppen in Weimar, Gotha und Südthüringen. Zum ersten Landesvorsitzenden wurde Olaf Stepputat gewählt, der später für die FDP in den ersten Thüringer Landtag einzog.

‘Kritischer Motor einer Partei, die diese Auffrischung bitter nötig hatte’, das wollten die Protagonisten des neuen eigenständigen Jugendverbandes sein. ‘Politik in Thüringen – nicht ohne uns’, war der Anspruch, der zunächst überraschend schnell umsetzbar schien. Bei den Wahlen zum Thüringer Landtag zog die FDP mit fast zweistelligem Ergebnis und 9 Abgeordneten, darunter zwei JuLis, in das erste freigeählte Landesparlament ein und fand sich in der Folge sogar in der Landesregierung, zusammen mit der CDU, wieder. Die drei liberalen Minister brauchten personelle Unterstützung und fanden diese auch in den Reihen der Jungen Liberalen, von denen viele gerade ihren Studienabschluss in der Tasche hatten. Einflussmöglichkeiten waren also da, aber auf das ‘Mitregieren’

war keiner richtig vorbereitet. Die liberale Fraktion war sehr heterogen zusammengesetzt, und nachdem erste nationalliberale Töne aus der Fraktionsspitze drangen, gingen die damals mehrheitlich sozialliberalen JuLis auf kritische Distanz.

Arndt Stiebritz, erster Chefredakteur des ‘Julchen’, übernahm den Landesvorsitz. Die Titelzeile ‘neu – frech – aktuell’ der ersten Zeitung eines Landesverbandes in den neuen Bundesländern (1990) wurde zum Credo. Phasenweise bewegten sich die etwa 100 Mitglieder in der ‘innerparteilichen Opposition’. Ob beim Kampf gegen den ‘Großen Lauschangriff’ an der Seite von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

» Kritischer Motor einer Partei, die eine Auffrischung bitter nötig hatte «

(heute Ehrenmitglied der JuLis in Gotha) oder mit einem Parteitagstrag zur Parlamentsreform, die JuLis stritten für ihre Überzeugungen, wenn auch oftmals vergeblich. Die vom liberalen Landtagsvizepräsidenten Peter Backhaus initiierte und vom Fraktionschef Andreas Kniepert unterstützte Debatte ‘Unsere Heimat besteht aus Landschaft und Nation’ konnte erfolgreich abgewehrt werden. Das Magazin ‘Julchen’ wurde nach einem satirischen Titelblatt als ‘Kampfblatt’ diskreditiert. Bei der CDU waren besonders die Insider-Berichte unter dem Titel ‘Neues von der Union’ gefürchtet und führten zu Beschwerden.

Gelegentlich wurden die jugendlichen Kritiker um die aus München übergesiedelte Vorsitzende Christiane Hefter, die Arndt Stiebritz nachfolgte, auch als ‘Parteitagsstörer’ oder ‘Ostlibertäre Parteijugend’, nie aber als ‘Vorfeldorganisation’ bezeichnet. Auf den Wahlslogan der FDP zur Landtagswahl 1994 ‘Wir krepeln die Ärmel hoch’ reagierten die JuLis ironisch ‘Wir krepeln die Hosenbeine hoch, denn noch steht uns das Wasser nicht bis zum Hals’ – um sich anschließend aber engagiert in den Wahlkampf zu werfen. Doch es reichte am Ende nicht, die FDP scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Die JuLis waren es, die einen personellen Neuanfang einforderten und mit dem Rücktritt des FDP-Landesvorsitzenden Kniepert auch durchsetzten. Allerdings dauerte es noch ein paar Landesvorsitzende und Skandale, bis mit Uwe Barth, einem Juli-Gründungsmitglied, der Generationswechsel in der Thüringer FDP auch tatsächlich vollzogen wurde.

1995 wurde der fünfte Geburtstag mit einem Bundeskongress am Fuße der Wartburg gefeiert. Es gab aber auch einen Generationswechsel in den Reihen der JuLis. Einige verließen enttäuscht Partei und Jugendverband, andere überschritten die Altersgrenze oder mussten berufsbedingt Thüringen verlassen. Das ‘A’ für ‘Aktion’, von den Ost-Landesverbänden über viele Jahre hinweg liebevoll gepflegt, wurde im neuen Jahrtausend aus dem Namen gestrichen. Die Thüringer JuLis glichen sich den westdeutschen Landesverbänden an. Für junge oder junggebliebene Liberale aber kein Grund zum Lamentieren, sondern ein Stück politischer Normalität, für die man ja schließlich ‘89 gestritten hatte. *Jens Panse*



Fotos: Archiv Privat



Bilder von links nach rechts: Gründungskongress der Jungliberalen Aktion Thüringen am 28.04.1990 | Der Mann mit der Pfeife: Tagungsleiter Uwe Barth hatte eine Ausnahmegenehmigung zum Rauchen auf dem Podium | Gründungsmitglied Martin Schnittler in der Diskussion mit dem 'Juli-Urgestein' Karl Zissel (l.) | Wahlkampf 1994: Die Julis krepeln die Hosenbeine hoch | Der JuLis-Kreisverband Gotha ernennt Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum Ehrenmitglied

Die JuLis im 21. Jahrhundert

In das neue Jahrtausend starteten die Jungen Liberalen Thüringen, damals noch als JuliA (Junge Liberale Aktion), mit 79 Mitgliedern in zehn Kreisverbänden. Die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts waren geprägt durch einen Machtkampf innerhalb der Thüringer FDP und Querelen um den damaligen FDP-Landesvorsitzenden Kniepert. Dieser Situation konnten sich auch die Jungen Liberalen nicht entziehen, die sich mehrfach gegen den Thüringer Parteichef positionierten.

Thematisch beschäftigte sich die JuliA Thüringen mit der Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen in der Landwirtschaft, der Honorierung der Kulturlandschaftspflege, der Qualitätssteigerung und der Reform von Inhalten der Lehre. Schon damals wurden in Grundzügen Themen herausgearbeitet, die den JuLis heute noch am Herzen liegen, z. B. die Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Auch einige sehr kontrovers diskutierte Themen sind unter den Anträgen dieser Jahre zu finden, wie etwa die Forderung nach Aufhebung des Sendeverbots von pornografischen Filmen im Fernsehen in der Zeit zwischen 0 und 4 Uhr oder die Legalisierung sämtlicher Drogen.

Auf dem 25. Landeskongress 2002 in Wintzingerode (Eichsfeld) wurde schließlich mit knapper Mehrheit die Umbenennung des Landesverbands von JuliA in JuLis beschlossen – was, wie damalige Quellen vermerken, im Saal tumultartige Zustände auslöste. Viele Mitglieder betrachteten diese Entscheidung mit Wehmut: „Ich fand es immer recht witzig, wenn im Terminkalender JuliA stand. Da kommt man mit den Leuten ins Gespräch, die fragen, wer

ist denn das? Und da sag ich, ja, die treffe ich 2 bis 3 mal die Woche, und so kann man auch auf Politik aufmerksam machen“, so ein Zitat von Andreas Möller vom betreffenden Landeskongress. Doch mit dem Schritt der Umbenennung war die Annäherung an die Landesverbände der alten Bundesländer endgültig abgeschlossen.

» Chancen nutzen und das entgegengebrachte Vertrauen der Wähler rechtfertigen «

Durch den verpassten Einzug der FDP in den Thüringer Landtag 2004 und angesichts einer rot-grünen Bundesregierung begann eine schwierige Phase in der Arbeit der JuLis. Die Mitgliederzahl konnte, zwar mit geringem Wachstum, doch stetig ausgebaut werden. Die Arbeit konzentrierte sich jedoch auf wenige Ballungsgebiete wie die Kreisverbände Jena und Erfurt, während kleinere, ländlich geprägte Kreisverbände aus Mitglieder-mangel ihre Tätigkeit einstellten. In dieser Zeit wurden aber auch Traditionen für den inneren Zusammenhalt ins Leben gerufen, die noch heute fortbestehen – zum Beispiel das JuLi-Sommerfest im Jenaer Paradies, der karitative Glühweinstand auf dem Weimarer Weihnachtsmarkt und der Grete-Unrein-Ehrenamtspreis des JuLi-Kreisverbands Jena.

Schon im Verlauf des Jahres 2008 änderte sich die politische Stimmung. Nach Rot-Grün und mit der Großen Koalition stieß eine immer größere Zahl politisch interessierter junger Menschen zu den Jungen Liberalen Thüringen. Von Dezember 2008 bis heute konnte der Landesverband

auf knapp 200 Mitglieder ausgebaut werden. Die JuLis erschlossen sich die neuen Medien für den Wahlkampf und übernahmen die Betreuung des Onlinewahlkampfs für die FDP. Mit einem eigenen 'Thüringenprogramm' gingen sie an der Seite der Thüringer FDP in einen marathontartigen Wahlkampf, dessen Distanz vier Wahlen in

vier Monaten betrug. Doch der grandiose Erfolg in jeder einzelnen Wahl konnte die Anstrengungen mehr als wettmachen.

Nun heißt es, die Chancen zu nutzen und das entgegengebrachte Vertrauen der Wähler zu rechtfertigen. Dabei darf man den Kopf nicht in den Sand stecken, sich aber auch nicht jedem Windstoß beugen. Liberale Politik ist und war schon immer weder überstürzt noch kurzfristig, sondern stets von Weitsicht und Realismus geprägt.

Axel Poschmann



Der Vorstand der JuLis Thüringen im April 2010



Der Vorsitzende des Landesfachausschusses Innen, Justiz, Bund und Europa, Herbert Freiherr von Schlotheim-Reinbrecht (r.) mit seinem Gast-Professor Dr. Olaf Werner.

Stiftung für Kulturgüter in der Diskussion

Professor Werner zu Gast bei den Liberalen Juristen

Die im Zuge des 2. Weltkrieges verbrachten Kulturgüter – von russischer Seite auch als 'Beutekunst' bezeichnet – waren Thema eines Vortrages, zu dem die Vereinigung der Liberalen Juristen (VLJ) Thüringens und der Landesfachausschuss mit der Fraktion am 23. März 2010 in den Thüringer Landtag nach Erfurt eingeladen hatte.

Der anerkannte Stiftungsrechtler Professor Dr. Olaf Werner berichtete über die Idee der Gründung einer deutsch-russischen oder thüringisch-russischen Stiftung zur Verwaltung und Pflege des nach Ende des 2. Weltkrieges unter so-

wjetischer Besetzung insbesondere in Thüringen beschlagnahmten und in die damalige Sowjetunion verbrachten Kulturgutes. „Während die von deutscher Seite während des 2. Weltkrieges geraubten Kulturgüter – soweit möglich und noch vorhanden – zurückgegeben wurden, ist der von Boris Jelzin bereits unterschriebene Vertrag zur Rückgabe deutscher Kulturgüter seitens der Duma nicht nur nicht genehmigt, sondern durch ein Sperrgesetz für alle Zeiten verhindert worden“, so Prof. Werner. Ziel sei es, unterhalb des Duma-Beschlusses und der Regierungsebene Wege zu eröffnen, die

weitere bereits praktizierte individuelle Regelungen zulassen und andererseits die öffentliche Zugänglichkeit, Erhaltung und wissenschaftliche Bearbeitung des als Weltkulturerbe anerkannten Teils der beschlagnahmten Objekte notfalls auch unter finanzieller Beteiligung der deutschen Seite in einer oder mehreren gemeinsamen Stiftungen sicherstellen.

„Die VLJ setzt sich insbesondere für eine liberale Rechtsprechung und Rechtspolitik ein. Interessierte sind herzlich willkommen“, wirbt Klaus-Dieter Landgraf, der sich in der Vorfeldorganisation engagiert. jp

GEBURTSTAGE & JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG Wolfgang Fischer (70), Magdalena Stöckl (70), Peter Kleiner (70), Klaus Wippert (70), Uwe Müller (70), Dieter Berger (70), Paul Richter (70), Dieter Weicht (70), Hans Schleusner (70), Dieter Greiner (65), Jutta Langguth (65), Heidemarie Bischoff (65), Peter Berndt (65), Gerhard Bartl (60), Dr. Andreas Kniepert (60), Hans-Joachim Mock (60), Armin Triebiger (60), Karl König (60), Gerhard Zinner (60), Detlef Oberländer (60), Dieter Gräßler (50), Christel Queck (50), Dirk Schumann (50), Bettina Eck (40), Frank Hammerschmidt (40), Oliver Walter (40), Alexis Taeger (40), Bettina Grob (40), Enrico Nagel (40), Christian Wolf (40), Birgit Tremel (40)

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Erich Weissenborn, Werner Gerloff, Prof. Dr. Christoph Schnittler, Dr. Ulrich Fickel, Jürgen Listemann, Hans-Rudolf Claus, Heinz Untermann, Herbert Rudovsky, Michael Maaß, Heinz-Werner Hübner, Christine Ehrlich, Heinz-H. Lau, Peter Zimmermann, Sabine Junhold, Günter Hesse, Cornelia Schmidt, Dr. Horst Gerber, Thekla Lottemoser,

Martin Henning, Daniel Matthias Scheidel, Annette Schollmeyer-Lauterbach, Torsten Grieger, Bernhard Oedekoven, Olaf Dirlam, Jens Burmeister, Torsten Köhler-Hohlfeld, Silvio Reimann, Mike Wündsch, Roul Rommeiß, Karsten Schalla, Frank Müller, Sabine Landgraf, Steffen Dreiling, Silvio Schweinsberg, Yvonne Probandt, Björn Goldmann, Steffen Gröbel, Bastian Schwotzer, Patrick Brauckmann, Fabian Düsselbeck, Konrad Erben, Sebastian Bethge, Chris Eric Kreibich.

Das gesamte Team der Thüringen Liberal wünscht auch allen anderen, nahezu 300 Geburtstagskindern alles Gute, die aus Platzgründen hier leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN Grit Dietsch, Petra Lehmann-Volkert, Karsten Hofmann, Christian Groß, Thomas Hochberg, Frank Häublein, Simone Peter, Peter Beyreuther, Margitta Jahn, Mario Seidel

AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Lebensmittelkennzeichnung – Ampel vorerst abgeschaltet

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



WWW.HOLGER-KRAEMER.DE

Das Europäische Parlament stimmt Mitte Mai über einen Gesetzesentwurf zur Kennzeichnung von Lebensmitteln ab. Salz, Zucker, Fett oder Kalorien – die Angaben von Nährwerten sollen EU-weit einheitlich geregelt werden. Dies ist in der Tat ein wichtiges Anliegen, denn Verbraucher müssen sich bei der Kaufentscheidung schnell, verständlich und übersichtlich über die wichtigsten Inhaltsstoffe oder Nährwerte informieren können.

Im federführenden Parlamentsausschuss wurde nun darüber abgestimmt. Die Kennzeichnungsdebatte war vor allem geprägt von der Frage, ob die Angaben der Nährwerte farblich, oder gar mit Hilfe einer Ampel erfolgen sollen. Die Ampel ist vorerst vom Tisch. Der Ausschuss hat sich mit einer knappen Mehrheit von 31 zu 30 Stimmen gegen eine Ampelkennzeichnung entschieden. Das Ergebnis zeigt: Das Europäische Parlament will Information statt Erziehung.

Der Ampeldiskussion liegt ein großes Missverständnis zu Grunde: Ein Kennzeichnungssystem kann weder Bildungslücken hinsichtlich gesunder Ernährung schließen, noch ist es in der Lage, Defizite in der Schulbildung und der häuslichen Erziehung auszugleichen. Die Verteidiger der Ampel unterstellen, Verbraucher seien außerstande, eigenverantwortliche Kaufentscheidungen zu treffen, weswegen sie 'gelenkt' werden müssten.

Würde jemand ernsthaft seine Ernährung aufgrund der Ampelkennzeichnung oder anderer farblicher Kennzeichnung ändern? Undenkbar! Vielmehr kann eine Ampel zu Fehlernährung führen: Butter und Margarine, Käse, Olivenöl müssten nach der 'Ampel-Logik' wegen ihres Gehalts an Fett bzw. ungesättigter Fettsäuren rot gekennzeichnet werden. Die aktuelle Lösung sieht eine Kennzeichnung vor, die Auskunft über zehn Nährwerte gibt, bezogen auf 100 Gramm bzw. Milliliter.

Zusätzlich soll die enthaltene Menge, bezogen auf den empfohlenen Tagesbedarf, angegeben werden (GDA, Guideline Daily Amount). So erfährt der Verbraucher nicht nur, wie viel Kalorien 100 Gramm Schokolade enthalten, sondern auch, wie viel Prozent seines Tagesbedarfs diese 100 Gramm entsprechen. Das GDA-Modell ist ein tragbarer Kompromiss. Die empfohlene Tagesmenge entspricht der einer Frau mittleren Alters.

Dies ist jedoch die Schwachstelle des GDA-Modells: Es geht von einem durchschnittlichen Verbraucher aus. Individuelle Faktoren wie Alter, Körpergröße oder durchschnittliche Bewegung pro Tag beeinflussen den Bedarf jedoch maßgeblich. Deshalb ist die GDA-Angabe für viele Verbraucher, also zum Beispiel für Kinder, wertlos. Das GDA-Modell bleibt deshalb bis zur Plenarabstimmung im Mai 2010 umstritten.

Verbraucher sollen informiert, nicht alarmiert werden. Eine verpflichtende Angabe aller relevanten Nährwerte in Bezug auf 100 Gramm bzw. Milliliter ist völlig ausreichend. Farbliche Kennzeichnungen bieten keinen Informationsmehrwert und sind unnötig.

Bei den Vorschlägen über verpflichtende Angaben über die Herkunft eines Produktes sowie die Möglichkeit nationaler Sonderregelungen ist der Parlamentsausschuss dem Prinzip 'Gut gemeint, aber schlecht gemacht' gefolgt. Die Gewissheit über die Herkunft eines Produktes klingt sinnvoll, ist aber hauptsächlich bei verarbeiteten Produkten praktisch kaum umzusetzen. Überdies ist die Regelung zur gleichzeitigen Angabe des Geburts-, Mast- und Schlachtortes von Tieren bürokratischer Unsinn.

Auch die mit dem Votum eingeräumte Möglichkeit, nationale Sonderkennzeichnungsregeln zu erlauben, wird sich als kontraproduktiv erweisen. Absehbar sind Doppelregulierungen, weil viele Mitgliedsstaaten der Brüsseler Vorschrift eigene hinzufügen werden. Eine konsequente Binnenmarktverordnung ist deshalb der bessere Weg.

HOLGER KRAEMER || MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G158
60, RUE Wiertz | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAEMER@EUROPARL.EUROPA.EU

„Nichts als Klientelpolitik“

Der politische Erfolg hängt am Wohl der Zielgruppe

Die Union unterstützt die deutsche Landwirtschaft. Doch der politische Gegner schimpft, das sei Klientelpolitik. Die SPD subventioniert den deutschen Kohlebergbau. Doch der politische Gegner schimpft, das sei Klientelpolitik. Die Grünen fördern erneuerbare Energien. Doch der politische Gegner klagt, das sei Klientelpolitik. Daher ist es nichts Neues, wenn dieser Tage auch den Liberalen in der schwarz-gelben Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie betreibe mit der steuerlichen Entlastung des Mittelstandes „nichts als Klientelpolitik“. In der Umkehrung würde das übrigens bedeuten, dass alle der bisher regierenden Parteien schon Klientelpolitik betrieben haben und auch betreiben.

Ist das wirklich ein derart schlechtes Verhalten, wie die Kritiker einen glauben machen wollen? Ist Klientelpolitik ein ernst zu nehmender Vorwurf oder

der einzelnen Segmente ermöglicht. Die Wählerschaft wird in Gruppen eingeteilt, damit diese jeweils individuell, sowohl die Kommunikationskanäle als auch die Botschaften betreffend, angesprochen werden können. Eine Klientel, wie man sie aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhang als Kundengruppe kennt, könnte man hier mit einer Zielgruppe in der Wählerschaft vergleichen, die eine ganz bestimmte politische Leistung konsumieren will.

Mit der Entlastung des Mittelstandes über die Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers hat die schwarz-gelbe Regierung demnach eine 'Klientel' der FDP befriedigt. Die den Hoteliers vor der Wahl versprochene Steuersenkung wurde nach der Wahl umgesetzt. Vor diesem Hintergrund könnte man von 'Klientelpolitik' reden, von einer Politik, die sich für das Wohl einer bestimmten Gruppe

» Ernst zu nehmender Vorwurf oder lediglich ein populistisches Kontra unter Politikern? «

lediglich ein populistisches Kontra unter Politikern, das in den Medien gut funktioniert?

Im politischen Marketing gibt es zwei Begriffe, die Wählersegmentierung und das Targeting, die Licht ins dunkle Schreckensszenario einer falsch verstandenen Politikbezeichnung bringen. Ihre Bedeutung umschreibt genau das, was man abwertend als 'Klientelpolitik' bezeichnet. Sie meinen die zunächst klare Untergliederung und Segmentierung eines heterogenen Wählerspektrums, die eine zielgruppenspezifische Ansprache

einsetzt. Da sich die meisten Parteien (so auch die FDP), wie das Studium der jeweiligen Wahlprogramme zeigt, aber auf mehrere Wählersegmente konzentrieren und dabei verschiedene Themen und Positionen gegenüber der jeweiligen Zielgruppe unterschiedlich stark betonen, scheint die Kritik der Konkurrenz, man würde sich nicht für das Gemeinwohl einsetzen, nicht haltbar. Der negative Beigeschmack des Begriffs 'Klientelpolitik' erklärt sich vielmehr dadurch, dass die politische Opposition natürlich andere Zielgruppen – eine

ANGABEN ZUM AUTOR



Christoph Krelle, selbstständiger Politikberater und Experte für politisches Marketing und Kommunikation. Mehr Informationen unter [WWW.CC-POLITIKBERATUNG.DE](http://www.cc-politikberatung.de).

andere Klientel –, als die der Regierung für sich gewinnen möchte. Damit sich diese wiederum von der Opposition bestätigt fühlen, werden die Teilerfolge der gegenwärtigen Regierung, die logischerweise zunächst immer nur für einzelne Wählergruppen von Vorteil sein können, als Aktionen gegen das Wohl der übrigen Gemeinschaft stigmatisiert.

In diesem fabelhaften Wettbewerb der Parteien lässt sich erkennen, dass der Erfolg einer jeden politischen Kraft zualtererst vom Wohl der eigenen 'Klientel' abhängen muss. Und es ist tatsächlich so: Wer seine Wahlversprechen einlöst, hat vielleicht eine Chance auf langfristigen Erfolg, aber wer es nicht tut, der wird schnell wieder abgewählt. Insofern bleibt es stets nur relativ, wenn jemand Klientelpolitik als etwas Schlechtes darstellt. *Gastbeitrag von Christoph Krelle*

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3456482 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de | fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Evelyn Zschächner *eve* | Matthias Purdel *pur* | Matthias Naggert *mj* | Justus Lenz *jl* | Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf **BEITRÄGE** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 2.500 Exemplare

ERSCHEINUNG 6 mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

